

NZZ

Yukos-Chefkläger Tim Osborne im Gespräch

«Wir starten mit einfachen Zielen»

Der russische Staat muss Yukos-Altaktionären 50 Milliarden Dollar Entschädigung zahlen. Weil Moskau das nicht will, greifen die Kläger zur Selbsthilfe. Aber wie treibt man 50 Milliarden Dollar ein?

Benjamin Triebe, Moskau
4.7.2015



GML-Chef Tim Osborne gibt sich kämpferisch: Auch Vermögen von Gazprom oder Rosneft ist nicht tabu. (Bild: Simon Dawson / Bloomberg)

Die Überraschung ist gross gewesen, die Verwirrung auch. Mitte Juni wurden in Belgien und Frankreich russische Konten eingefroren. Beantragt hatten das ehemalige Aktionäre des vor rund einer Dekade zerschlagenen russischen Erdölkonzerns Yukos. Unter diesen blockierten Konten waren kurzzeitig auch solche diplomatischer Einrichtungen, was Moskaus Reaktion nicht eben milderte. Schnell wurden die diplomatischen Konten entsperrt. Ein Versehen steckte aber nicht hinter dem Hin und Her. Das sei eben die Art, wie das Verfahren laufe, sagt Tim Osborne im Gespräch. Osborne ist Direktor von GML, einem Vehikel der Yukos-Altaktionäre; er hat die Sperrungen veranlasst.

Konfiszierungen in Europa

GML vertritt rund 60% jener Anteilseigner, denen Yukos gehörte, bevor der russische Staat 2004 begann, den Erdölkonzern unter Druck zu setzen. Ein Jahr zuvor war der politisch ambitionierte CEO Michail Chodorkowski inhaftiert worden. Yukos wurde wegen Steuerforderungen für Bankrott erklärt, aufgeteilt und versteigert. Die Yukos-Altaktionäre überzogen Russland mit Prozessen. Im Juli 2014 entschied ein internationales Schiedsgericht in Den Haag, der russische Staat müsse an GML die Rekordsumme von rund 50 Mrd. \$ als Entschädigung leisten.

Moskau erkennt das Urteil aber nicht an. Ebenfalls im vergangenen Sommer befand der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in einem anderen Fall, Moskau müsse wegen Yukos weitere 1,9 Mrd. € zahlen. Auch hier

stellt Russland auf stur, eine Frist zur Einreichung eines Zahlungsplans liess es im Juni verstreichen. «Wenn wir uns auf Russlands Justiz verlassen wollten, hätten wir vor zehn Jahren zusammenpacken können», sagt Osborne.

Das Urteil von Den Haag ist gültig. Moskau hat zwar bei einem niederländischen Gericht beantragt, den Schiedsspruch auszusetzen, aber dem werden geringe Chancen eingeräumt. GML hat deshalb begonnen, die Durchsetzung des Urteils in die eigenen Hände zu nehmen und im Ausland russisches Staatseigentum konfiszieren zu lassen, das nach dem Abschluss des Rechtsstreits zur Deckung der Milliardenforderung herangezogen werden kann. Zunächst konzentriert sich GML auf Belgien und Frankreich sowie Grossbritannien, die USA und Deutschland. Später soll die Liste erweitert werden. In der Schweiz ist derzeit nichts geplant.

Entscheidend für die Strategie von GML ist, welchen Spielraum das jeweilige nationale Rechtssystem bietet. In Frankreich und Belgien ist es erlaubt, Güter vorsorglich beschlagnahmen zu lassen («conservatory attachment»). GML hatte Banken identifiziert, bei denen es Konten des russischen Staates vermutete, und gebeten, diese einfrieren zu lassen, erläutert Osborne. Dabei wisse GML zunächst nicht, um was für Konten es sich handle. Als man von den Banken erfahren habe, dass einige diplomatische Konten darunter sind, habe man sie sofort entsperren lassen. Solche Guthaben sind völkerrechtlich immun.

Bald könnte sich auch in anderen Ländern etwas tun. Zum einen will GML in Deutschland aktiv werden, wo das Rechtssystem etwas anders, aber ähnlich ist. Beim Berliner Kammergericht hat das Vehikel beantragt, den Schiedsspruch von Den Haag als rechtlich bindend anzuerkennen. Wenn das geschehen ist, kann GML die Beschlagnahmung von Sachwerten verlangen. Auch Grossbritannien und die USA hat es im Blick. Dort allerdings sind die Hürden höher: Eine Beschlagnahmung ist nur möglich, wenn GML ein reales Risiko nachweist, dass Moskau die Vermögenswerte aus dem Land abziehen könnte. GML hat dennoch angefangen, eine Liste möglicher Assets zu erstellen. Wenn diese vollendet sei, werde man laut Osborne mit der Durchsetzung des Urteils beginnen.

Die Hälfte des Weges geschafft

Bis heute habe GML grundsätzlich einfache Ziele gewählt, die direkt dem russischen Staat gehören und nicht unter diplomatische Immunität fallen – «niedrig hängende Früchte», wie Osborne sagt. Dazu zählen auch Immobilien; Medien berichteten von Gebäuden der staatlichen Nachrichtenagentur Tass und des Auslandssenders Russia Today in Frankreich. Aber: «Zu einem gewissen Zeitpunkt werden wir über Vermögen von staatlich kontrollierten Unternehmen wie Gazprom oder Rosneft nachdenken.» Zwar sei jedes nationale Rechtssystem anders, aber grundsätzlich seien Assets von Unternehmen für GML verfügbar, wenn der Staat die Mehrheit an den Firmen halte und sie als verlängerter Arm Moskaus auftreten. Der Erdölkonzern Rosneft profitierte am meisten vom Yukos-Kollaps.

Wie viel Geld auf den eingefrorenen Konten in Frankreich und Belgien liege, wisse er nicht, sagt der GML-Chef. Aber es handle sich nicht um gewaltige Summen. Hoffnungen auf ein schnelles Ende des Konflikts macht er sich keine. Aus Osbornes Sicht kann der niederländische Entscheid über Russlands Widerspruch fünf bis sechs Jahre dauern. Insgesamt werde es ab heute vielleicht zehn Jahre brauchen, bis das Urteil durchgesetzt ist. Mit Rückblick auf die Yukos-Zerschlagung von 2004 resümiert Osborne: «Wir haben mehr als die Hälfte des Weges geschafft. Aber nicht viel mehr.» Auch ob es wirklich gelingt, ganze 50 Mrd. \$ zu akquirieren, lässt er offen. GML mache weiter, bis es den Eindruck habe, jetzt sei es genug, oder bis Russland sich ernsthaft an einer Lösung beteilige, so Osborne. Zuletzt hatte Moskau als Retorsionsmassnahme Paris mit der Konfiszierung französischer Assets in Russland gedroht.